
DPG-Rundbrief – Januar 2019

Liebe DPG-Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde des Friedens,

zum neuen Jahr wünschen wir Ihnen und Ihren Familien ein gesundes friedliches neues Jahr und freuen uns wie im letzten Jahr Ihnen mit unseren Rundbriefen über aktuelle Themen zu informieren.

Themen:

- Israelische Koalition beschließt vorgezogene Wahlen in Israel
- AUFRUF - Zu Europa sagen wir: Vermischt Kritik an Israel nicht mit Antisemitismus
- UNO veröffentlicht die schrecklichen Zahlen des Jahres 2018 in Palästina
- Neue Kolonien im besetzten Palästina - 26.12.2018
- Bericht über Aktivitäten von ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine)
- Nachruf auf Amos Oz
- Preis für Daoud Nassar

Israelische Koalition beschließt vorgezogene Wahlen in Israel

Der israelische Regierungschef Benjamin Netanyahu hat den Kampf um seine Koalition offenbar verloren. Die Chefs der Regierungskoalition haben eine Neuwahl für Anfang April 2019 angekündigt. Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft erwartet aufgrund der zunehmenden rechtslastigen politischen Tendenzen und der verhältnismäßig großen Einflussnahme der radikal-jüdischen Siedler keine Änderung in der zukünftigen israelischen Politik gegenüber den Palästinensern. Es ist sogar zu befürchten, dass die Vertreibung und die völkerrechtswidrige Beschlagnahme von palästinensischem Grund und Boden zunehmen werden.

Zu Europa sagen wir: Vermischt Kritik an Israel nicht mit Antisemitismus

Haaretz - 20.11.2018

Im Kontext ihres EU-Ratsvorsitzes wird die österreichische Regierung am 21. November eine hochrangig besetzte Konferenz unter dem Titel „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung jüdischen Lebens in Europa“ abhalten. Wir unterstützen voll und ganz den kompromisslosen Kampf der EU gegen Antisemitismus. Das Erstarken des Antisemitismus erfüllt uns mit Sorge. Aus der Geschichte wissen wir, dass es oft Vorbote von Katastrophen für die gesamte Menschheit war. Das Erstarken des Antisemitismus ist eine reelle Gefahr und sollte der gegenwärtigen europäischen Politik ernsthaft zu denken geben.

Die EU steht aber auch für Menschenrechte ein und muss diese genauso energisch schützen wie sie den Antisemitismus bekämpft. Die Bekämpfung des Antisemitismus sollte nicht dafür instrumentalisiert werden, legitime Kritik an der israelischen Besatzung und an schweren Verletzungen palästinensischer Menschenrechte zu unterdrücken. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hätte auf der Konferenz in Österreich sprechen sollen, bis er seine Reise absagte, um seine Regierung zu stabilisieren. Er hat hart daran gearbeitet, Kritik am israelischen Staat mit Antisemitismus zu einem zu vermischen.

Zu unserer tiefen Besorgnis sehen wir diese Vermischung auch in der offiziellen Ankündigung der Konferenz durch die österreichische Regierung. Dort heißt es: „Antisemitismus findet seinen Ausdruck sehr oft in übertriebener und unverhältnismäßiger Kritik am Staat Israel.“

Diese Worte geben die Antisemitismusdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) wieder. Mehrere Beispiele für zeitgenössischen Antisemitismus, die sich der Definition anschließen, beziehen sich auf harsche Kritik an Israel. Im Ergebnis kann die Definition gefährlich instrumentalisiert werden, um Israel Immunität gegen Kritik an schwerwiegenden und verbreiteten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu verschaffen – Kritik, die für legitim erachtet wird, wenn sie sich gegen andere Länder richtet. Das schreckt jedwede Kritik an Israel ab.

Die Ankündigung setzt außerdem Antizionismus mit Antisemitismus gleich. Wie allen modernen jüdischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts widersetzen sich jedoch auch dem Zionismus viele Jüdinnen und Juden heftig, ebenso wie nicht-Juden, die nicht antisemitisch waren. Zahlreiche Opfer des Holocaust waren gegen den Zionismus. Demgegenüber unterstützten viele Antisemiten den Zionismus. Es ist unsinnig und unangemessen, Antizionismus automatisch mit Antisemitismus gleichzusetzen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass der Staat Israel seit über 50 Jahren eine Besatzungsmacht ist. Millionen von Palästinenserinnen und Palästinensern unter Besatzung entbehren ihrer Grundrechte, Freiheit und Würde. Gerade in Zeiten, in denen die israelische Besatzung sich in Annexion verwandelt, ist es notwendiger denn je, dass Europa alle Versuche entschieden ablehnt, die freie Meinungsäußerung anzugreifen oder Kritik an Israel durch die falsche Gleichsetzung mit Antisemitismus zum Schweigen zu bringen. Europa muss dies auch für die eigene Glaubwürdigkeit und die Wirksamkeit ihrer Bekämpfung des Antisemitismus tun. Die Ausweitung dieses Kampfes zum Schutz des israelischen Staates vor Kritik trägt zu der Fehlwahrnehmung bei, dass Jüdinnen und Juden mit Israel gleichzusetzen seien und deshalb verantwortlich für die Handlungen dieses Staates wären.

Als israelische Gelehrte, deren Mehrheit jüdische Geschichte erforscht und lehrt, sagen wir zu Europa: Bekämpft den Antisemitismus unnachgiebig, um jüdisches Leben in Europa zu schützen, und ermöglicht, dass es zur Blüte gelangt. Erhältet dabei die klare Unterscheidung zwischen Kritik am Staat Israel, so harsch sie auch sein möge, und Antisemitismus aufrecht. Vermischt nicht Antizionismus mit Antisemitismus. Und schützt die Rede- und Meinungsfreiheit derjenigen, die die israelische Besatzung ablehnen und darauf bestehen, dass sie endet.

Unterzeichner:

- Professor Gadi Algazi, Abteilung für Geschichte, Universität Tel Aviv.
- Dr. Yael Berda, Abteilung für Soziologie und Anthropologie, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor Jose Brunner Cohn Institut für Wissenschaftsphilosophie und Ideengeschichte und Buchmann Fakultät für Recht.
- Professor Alon Confino, Pen Tishkach Professur für Holocaust-Studien, University Massachusetts Amherst.
- Professor Arie M. Dubnov, Max Ticktin Lehrstuhl für Israel-Studien, Abteilung für Geschichte, George Washington University.
- Professor Rachel Elijor, John und Golda Cohen Professur für jüdische Philosophie und jüdische Mystik, Hebräische Universität
- Professor David Enoch, Rodney Blackman Lehrstuhl für Rechtsphilosophie, Hebräische Universität Jerusalem.
- Dr. Yuval Eylon, Dozent für Philosophie, Abteilung für Geschichte, Philosophie und jüdische Studien, Offene Universität Israel.
- Professor Gideon Freudenthal, Cohn Institut für Wissenschaftsphilosophie und Ideengeschichte, Universität Tel Aviv.
- Dr. Amos Goldberg, ehemaliger Lehrstuhlinhaber, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor David Harel, William Sussman Professur, Abteilung für Informatik und angewandte Mathematik, Yale University.
- Professor Eva Illouz, Abteilung für Soziologie, Hebräische Universität Jerusalem;
- Daniel Karavan, Bildhauer, Schöpfer des Denkmals für die Sinti und Roma Opfer des Nationalsozialismus, Berlin
- Professor Hannah Kasher (emerita), Abteilung für jüdische Philosophie, Bar-Ilan Universität, Ramat Gan.
- Professor Michael Keren (emeritus), Abteilung für Wirtschaftswissenschaften, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor Yehoshua Kolodny (emeritus), Institut für Erdstudien, Hebräische Universität Jerusalem;
- Miki Kratsman, ehemaliger Leiter der Abteilung Photographie an der Bezalel Academy of Arts and Design, Jerusalem
- Nitzan Lebovic, Professor, Apter Lehrstuhl für Holocaust-Studien und ethische Werte, Lehigh University.
- Alex Levac, Träger des Israel-Preis (2005).
- Dr. Anat Matar, Abteilung für Philosophie, Universität Tel Aviv.
- Professor Paul Mendes-Flohr (emeritus), Abteilung für jüdische Philosophie, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor Jacob Metzger, ehemaliger Präsident der Offenen Universität Israel; Hebräische Universität Jerusalem.
- Michal Naaman, Künstlerin, Trägerin des Israel-Preis 2014.
- Professor Yehuda Judd Ne'eman (emeritus), Universität Tel Aviv; Träger des Israel-Preis (2009).
- Professor Dalia Ofer, Max und Rita Haber, zeitgenössisches Judentum und Holocaust-Studien Hebräische Universität
- Professor Ishay Rosen-Zvi, Leiter der Sektion für Talmud und Altertümer, Abteilung für Philosophie, Universität Tel Aviv.
- Professor David Shulman (emeritus), Abteilung für asiatische Studien, Hebräische Universität Jerusalem
- Dr. Dmitry Shumsky, Abteilung für jüdische Geschichte und zeitgenössisches Judentum, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor Zeev Sternhell (emeritus), Abteilung für politische Wissenschaft, Hebräische Universität Jerusalem
- Professor David Tartakover, Träger des Israel-Preis (2002).
- Professor Idith Zertal, Autorin von „Nation und Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit“, Tel Aviv.
- Professor Moshe Zimmerman ehemaliger Direktor des Koebner-Zentrums, Hebräische Universität Jerusalem.
- Professor Moshe Zuckermann Cohn Institut für Wissenschaftsphilosophie und Ideengeschichte, Universität Tel Aviv

UNO veröffentlicht die schrecklichen Zahlen des Jahres 2018 in Palästina:

295 Palästinenser/innen wurden 2018 durch Israel getötet, 85% davon waren Zivilisten. 14 Israelis wurden durch Palästinenser getötet, 50% davon waren Zivilisten. Die Zahl der Verletzten liegt auf der palästinensischen Seite bei mehr als 29,000 und auf der israelischen Seite mit 137. Zudem sind in Gaza 1.3 Millionen Menschen ernährungsgefährdet und die Arbeitslosenquote liegt bei 53%.

Israel genehmigt neue Wohnungen.

- <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/siedlungen-im-westjordanland-israel-genehmigt-neue-wohnungen-100.html>
- <https://www.n-tv.de/20788273>
- <https://www.aa.com.tr/en/middle-east/israel-demolished-538-palestinian-homes-in-2018-ngo/1351038>

Im Auftrag des Präsidiums: Nazih Musharbash

Bericht über Aktivitäten von ECCP (European Coordination of Committees and Associations for Palestine)

Die Lobby-Tage der ECCP fanden vom 5.-7.11.2018 statt. Die ECCP-Koordinatorin hatte 30 Gesprächstermine vereinbaren können; es nahmen 20 Personen seitens ECCP daran teil, in kleine 3 er oder 4 er Grüppchen unterteilt. Von Seiten DPG und KoPI (Koordinationskreis Palästina Israel) nahm außer mir auch Martin Breidert teil. Deutsche EU-Parlamentarier, die alle angeschrieben und um Gesprächstermin gebeten wurden, sagten fast alle ab, sie seien nicht in Brüssel oder hätten bereits einen vollen Terminkalender. Die Gespräche mit deutschen MEPs waren zudem leider wenig ergiebig, sie hätten einen völlig anderen Arbeitsbereich oder, in einem Fall, würde bei der bevorstehenden Wahl zum EP im Mai nicht wieder kandidieren.

Hauptthema der Gespräche war der Antrag des Innenministerrats, der Europäische Rat (der Staats- und Regierungschefs) möge die IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) Arbeitsdefinition des Antisemitismus annehmen. Die Kollegen schrieben ihre Regierungschefs, Minister oder Premier Minister an, erhielten auch zum Teil eine Antwort von diesen. –Die Bundesregierung hat im Vorfeld wie UK, Österreich, Slowakei die IHRA-Definition auf Empfehlung der Fraktionen angenommen.

Immerhin wurde nicht der dem Rat vorgeschlagene Text einer Erklärung angenommen, sondern angesichts des vielfältigen Drucks vielmehr eine sehr viel positivere Fassung, nämlich: „Der Europäische Rat (ER) verurteilt alle Formen des Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhasses und betont die Wichtigkeit der Bekämpfung von Intoleranz. Er begrüßt die Annahme am 6. Dezember 2018 der „Erklärung des ER über den Kampf gegen Antisemitismus.“

Weitere Klarstellungen zum Text werden nun von ECCP weiterhin hin angestrebt insbesondere bezüglich der im IHRA-Text aufgeführten Beispiele. Dazu werden derzeit Texte für eine Eingabe an die Europäische Kommission oder den ER erarbeitet.

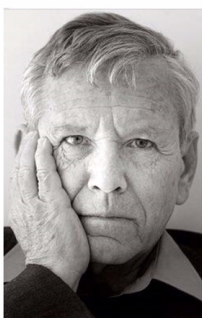
Weitere Themen der Lobby-Tage waren: das Nationalitätsgesetz, Jerusalem, keine Wirtschaftsbeziehungen mit Siedlungen, keine EU Gelder in israelische militärische Einrichtungen. Darüber hinaus ist die Aussetzung des EU-Israel-Assoziierungs-Abkommens ein beständiges Thema.

Zum Thema Nationalitätsgesetz und zur Lage in Gaza wurde von ECCP-Mitgliedern an ihre jeweiligen Außenminister ein Schreiben gesandt. Das Verfahren ist dabei so, dass es einen gemeinsam erarbeiteten Text-Entwurf auf Englisch gibt, der dann je nach Situation im eigenen Land von den ECCP-Mitgliedern abgewandelt und ggfs. übersetzt werden kann.

Die nächste Sitzung des ECCP Plenums findet am 2. Februar in Brüssel statt. Unter anderem wird dort über die anstehenden Wahlen zum EP gesprochen werden. Wir sollten uns auch in Deutschland informieren, wer die Kandidaten in unseren Wahlkreisen sind und versuchen, Kontakt mit ihnen aufzunehmen.

Im Auftrag des Präsidiums: Gisela Siebourg

DPG trauert um Amos Oz



Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft trauert um Amos OZ, der am 28.12.2018 verstorben ist, dem Mitbegründer der israelischen politischen Bewegung „Peace Now“. Amos Oz wurde 1939 in Jerusalem geboren und war Professor für moderne hebräische Literatur. Oz war ein mutiger Querdenker, ein Verfechter des Friedens sowie ein prominenter Befürworter der „Zwei-Staaten-Lösung“ im [Nahostkonflikt](#). Obwohl er die Sperrmauer zwischen Israel und dem Westjordanland befürwortete, trat er entschieden dafür ein, dass die Grenze auf der so genannten [Grünen Linie](#) verlaufen sollte. Mit dem Tod von Oz verliert die Friedensbewegung eine führende Persönlichkeit.

Preis für Daoud Nassar

Frankreich und Deutschland verleihen deutsch-französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Daoud Nassar, Gründer des Projektes „Tent of Nations“. Der Leiter des Vertretungsbüros der Bundesrepublik Deutschland, Christian Clages, und der Generalkonsul Frankreichs in Jerusalem, Pierre Cochard, verliehen am 13. Dezember gemeinsam den deutsch-französischen Preis für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit an Daoud Nassar, den Gründer des „Tent of Nations“. Die DPG gratuliert herzlich.